

Fabian Toros

Handlungsoptionen auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft

Eine rechtliche Analyse von Konzessions- und Kooperationsmodellen
sowie regulatorischer Entflechtungsbestimmungen



Nomos

Recht der Informationsgesellschaft

herausgegeben von

Prof. Dr. Jörg Fritzsche, Universität Regensburg, Lehrstuhl für
Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht

Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M., Universität Regensburg,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht,
Infrastrukturrecht und Informationsrecht

Prof. Dr. Gerrit Mansen, Universität Regensburg, Lehrstuhl
für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und
europäisches Verwaltungsrecht

Prof. Dr. Robert Uerpmann-Witzack, Maître en droit,
Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht
und Völkerrecht

Band 48

Fabian Toros

Handlungsoptionen auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft

Eine rechtliche Analyse von Konzessions- und Kooperationsmodellen
sowie regulatorischer Entflechtungsbestimmungen



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Fabian Toros

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7959-8

ISBN (ePDF): 978-3-8487-7959-8

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748923435>



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Bände 1 bis 33 sind im Lit-Verlag erschienen.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Monographie wurde im Sommersemester 2020 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung wurden bis Anfang Juli 2020 berücksichtigt. Nachträglich wurde der Regierungsentwurf zum Telekommunikationsgesetz der Bundesregierung vom 17. Dezember 2020 eingearbeitet.

Ich bedanke mich besonders bei meinem Doktorvater Professor Dr. Jürgen Kühling, LL.M. Er hat meine Dissertation umfassend betreut und mir im gesamten Bearbeitungsprozess viele wertvolle Hinweise gegeben. Die Mitarbeit an seinen vielseitigen und spannenden Projekten hat es mir ermöglicht, über die Dissertation hinaus vertiefte Kenntnisse im gesamten Regulierungsrecht zu erlangen. Insbesondere die Kontakte zu Ministerien und Behörden sowie zur Monopolkommission, die Professor Kühling mir vermittelt hat, waren für meine Forschungstätigkeit sehr hilfreich. Die Arbeit im Lehrstuhlteam hat mir große Freude bereitet und wird mir, als eine der besten Zeiten meines Lebens, stets in positiver Erinnerung bleiben.

Herrn Professor Dr. Gerrit Manssen möchte ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens danken. Auf diese Weise ist es mir möglich, mit einem hochaktuellen Thema schnellstmöglich die Fachöffentlichkeit zu adressieren.

Dr. Stefan Drechsler danke ich für die umfassende und gewissenhafte Korrekturlektüre, durch die ich stets gewinnbringende und zielführende Hinweise für die Arbeit an meiner Dissertation erhielt.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitgesellschaftern der schnupperkurs.media GmbH, die mir stets den zeitlichen Freiraum gelassen haben, meine Forschung gewissenhaft betreiben zu können.

Ich möchte mich auch bei meinen Freunden bedanken, die mich auf meinem bisherigen Weg begleitet haben. Besonderer Dank gebührt den Doktoranden an der IREBS International Real Estate Business School der Universität Regensburg, die von Kollegen rasch zu Freunden geworden sind und die Promotionszeit für mich unvergesslich machen.

Vorwort

Der größte Dank gilt jedoch meiner gesamten Familie, insbesondere meiner Mutter Birgit Toros und meiner Schwester Carolina Toros. Mein Vater Ahmet Toros, der in meiner Kindheit verstorben ist, bleibt unvergessen. Meiner Familie ist dieses Buch gewidmet.

Regensburg/Ratingen, Februar 2021

Fabian Toros

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Kapitel 1: Einleitung | 21 |
| Kapitel 2: Die Gigabit-Gesellschaft | 25 |
| A. Die Entwicklung der Gigabit-Gesellschaft | 25 |
| I. Der Begriff der Gigabit-Gesellschaft | 26 |
| 1. Der Ablauf der Infrastrukturentwicklung | 26 |
| 2. Die Entstehung der „Gigabit-Gesellschaft“ | 27 |
| II. Der Weg in die Gigabit-Gesellschaft | 28 |
| III. Zwischenergebnis | 30 |
| B. Die Anforderungen an die digitale Infrastruktur der Gigabit-Gesellschaft | 31 |
| I. Die Qualitäts- und Kapazitätsparameter | 31 |
| 1. Die Datenübertragungskapazität | 32 |
| 2. Alternative Kriterien der Legaldefinition des EKEK | 33 |
| 3. Relevante Kriterien ohne Veranlagung im unionalen Rechtsrahmen | 34 |
| 4. Zwischenergebnis | 35 |
| II. Die Datenübertragungstechnologien für die Gigabit-Gesellschaft | 35 |
| 1. Glasfaser als Datenübertragungstechnologie | 36 |
| 2. Alternative Datenübertragungstechnologien | 37 |
| a) Datenübertragungstechnologien auf Basis einer Kupferdoppelader | 38 |
| b) Datenübertragungstechnologien auf Basis eines Koaxialkabels | 39 |
| c) Funktechnologien | 40 |
| III. Die optimale Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft? | 41 |
| C. Der Ausbau gigabitfähiger Infrastrukturen | 42 |
| I. Statistiken zum Stand des Ausbaus gigabitfähiger Infrastrukturen | 42 |
| 1. Die Anzahl der mit gigabitfähigen Infrastrukturen versorgten Haushalte | 42 |
| 2. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage | 43 |

| | |
|---|----|
| 3. Der aktuelle Bandbreitenbedarf auf Basis der Verteilung der vermarkteten Bandbreiten | 44 |
| 4. Schlussfolgerungen für die weitere Analyse | 45 |
| II. Risiken und Kostentreiber beim Ausbau gigabitfähiger Infrastrukturen | 46 |
| 1. Tiefbaukosten als Kostentreiber | 46 |
| 2. Die Nachfrageunsicherheit | 47 |
| 3. Die Markt-, Wettbewerbs- und Regulierungsunsicherheit | 50 |
| III. Ergebnis und Schlussfolgerungen | 51 |
| D. Fazit | 51 |
| | |
| Kapitel 3: Exklusivität im Infrastrukturausbau am Beispiel unterschiedlicher Konzessionsmodelle | 53 |
| A. Begriffsbestimmung und Begriffsmerkmale der Konzession | 53 |
| I. Ursprung des Konzessionsbegriffes im nationalen Recht | 54 |
| II. Bau- und Dienstleistungskonzessionen | 54 |
| III. Zerfaserung der Terminologie im nationalen Recht | 55 |
| IV. Ergebnis | 57 |
| B. Exklusivität im Telekommunikationsrecht | 57 |
| I. Exklusivität bei der Vergabe von Funkfrequenzen | 58 |
| II. Exklusivität bei der Vergabe von Rufnummern | 59 |
| III. Exklusivität beim Vectoring | 60 |
| IV. Regulatorische Behandlung neuer Netzbestandteile gemäß Art. 76 EKEK | 62 |
| V. Rückschlüsse und generelle Anforderungen an den Umgang mit Exklusivität im Telekommunikationsrecht | 64 |
| C. Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte | 65 |
| I. Aufbau und Grundstruktur | 66 |
| II. Einordnung des Konzessionsmodells auf Basis exklusiver Wegerechte | 69 |
| 1. Bau- oder Dienstleistungskonzession | 69 |
| a) Einordnung des Vertragsgegenstandes als Bau- oder Dienstleistung | 70 |
| b) Tatbestandsvoraussetzungen einer Dienstleistungskonzession | 73 |
| aa) Beschaffungsbezug im Kontext von Baukonzessionen | 75 |

| | |
|--|----|
| bb) Eigenständige Abgrenzungskriterien für die Dienstleistungskonzession | 76 |
| cc) Beschaffungsbezug bei Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe | 78 |
| (1) Telekommunikationsnetz der allgemeinen Versorgung | 79 |
| (2) Universaldienstgewährleistungsauftrag des Hoheitsträgers | 81 |
| (3) „e-Daseinsvorsorge“ des Staates | 81 |
| (4) Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur als „öffentliche Aufgabe“ | 83 |
| (5) Zwischenergebnis | 84 |
| dd) Beschaffungsvorgang nur bei einem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse | 84 |
| ee) Stellungnahme und Zwischenergebnis | 85 |
| c) Ergebnis | 86 |
| 2. Einordnung in weitere Konstellationen der Begriffsverwendung | 86 |
| III. Allgemeine rechtliche Steuerungsvorgaben aus dem Telekommunikations(wege)recht | 86 |
| 1. Regulierungsziele als Orientierungsmaßstab für die grundsätzliche Konzeption des Telekommunikationsrechts | 87 |
| a) Ziele der Regulierung im Telekommunikationsrecht | 87 |
| b) Umgang des Telekommunikationsrechts mit Zielkonflikten | 89 |
| c) Kollidierende Ziele im Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte | 89 |
| 2. Unionsrechtliche Anforderungen an die Vergabe von Telekommunikationswegerechten | 90 |
| 3. Grundkonzeption der Wegerechtsvergabe im TKG | 92 |
| 4. Novellierungserfordernisse zur Ermöglichung einer exklusiven Wegerechtsvergabe | 94 |
| 5. Ergebnis | 95 |
| IV. Ausgestaltung des Konzessionsvergabeverfahrens | 96 |
| 1. Steuerungsvorgaben des europäischen und deutschen Verfassungsrechts | 97 |
| a) Grundrechte | 97 |
| aa) Identifikation des einschlägigen Grundrechtskataloges | 98 |

| | |
|---|-----|
| bb) Vereinbarkeit mit den erwerbsbezogenen Grundrechten | 102 |
| (1) Unionale Gewährleistungen aus Art. 15 Abs. 1 und 16 GRCh | 102 |
| (2) Nationale Gewährleistungen aus Art. 12 Abs. 1 GG | 104 |
| cc) Vereinbarkeit mit den Gleichheitsrechten der GRCh und des GG | 104 |
| b) Staatsorganisationsrechtliche Vorgaben des Art. 87f GG | 104 |
| aa) Zuständige Behörde für die Durchführung des Konzessionsvergabeverfahrens | 105 |
| (1) Kompetenzrechtliche Steuerungsvorgaben aus dem Verfassungsrecht | 106 |
| (2) Verfassungsrechtliche Vorgaben zur Verwaltungsorganisation | 106 |
| (3) Ergebnis | 107 |
| bb) Verfahrensausgestaltung | 108 |
| cc) Ergebnis | 108 |
| 2. Steuerungsvorgaben des Wettbewerbsrechts | 109 |
| a) Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts neben dem TKG | 109 |
| b) Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts auf staatliches Handeln | 110 |
| c) Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts aufgrund der Übertragung ausschließlicher Rechte gemäß Art. 106 AEUV | 112 |
| aa) Privilegiertes Unternehmen im Sinne des Art. 106 Abs. 1 AEUV | 112 |
| bb) Rechtsfolge der Erfüllung des Tatbestandes des Art. 106 Abs. 1 AEUV | 113 |
| cc) Einschränkung durch Art. 106 Abs. 2 AEUV | 113 |
| d) Ergebnis | 115 |
| 3. Steuerungsvorgaben des Vergaberechts | 115 |
| a) Ausschluss der Anwendbarkeit der KVRL und der §§ 105 ff. GWB | 115 |
| b) Vergaberechtliche Erleichterungen durch eine Inhouse-Vergabe | 120 |
| c) Steuerungsvorgaben des unionalen Primärrechts | 120 |
| d) Ergebnis | 122 |

| | |
|---|-----|
| 4. Vereinbarkeit des Konzessionsmodells auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte mit dem EU-Beihilfenrecht | 123 |
| 5. Folgen für die Ausgestaltung des Vergabeverfahrens | 125 |
| a) Vorgaben des unionalen Primärrechts für die Verfahrensausgestaltung | 125 |
| aa) Primärrechtliche Ver- und Gebote bei der Verfahrensausgestaltung | 125 |
| bb) Praktische Auswirkungen auf das Konzessionsvergabeverfahren | 126 |
| b) Vereinbarkeit mit den Steuerungsvorgaben des EKEK | 127 |
| V. Umgang mit Bestandsinfrastruktur und bereits erteilten Wegerechten | 128 |
| 1. Auswirkung von Bestandsinfrastruktur im Konzessionsgebiet | 128 |
| 2. Schutzbereich des Grundrechts auf Eigentum aus Art. 17 Abs. 1 GRCh | 130 |
| 3. Maßnahmen zum Umgang mit Bestandsinfrastruktur als Einschränkung des Eigentumsgrundrechts | 131 |
| 4. Rechtfertigung der Einschränkungen des Eigentumsgrundrechts | 132 |
| a) Gesetzliche Grundlage der Eigentumsübertragungspflicht | 132 |
| b) Verhältnismäßigkeit der Eigentumsübertragungspflicht | 133 |
| aa) Legitimes Ziel und öffentliches Interesse | 133 |
| bb) Eignung | 134 |
| cc) Erforderlichkeit der Eigentumsübertragungspflicht | 135 |
| dd) Zahlung einer angemessenen und rechtzeitigen Entschädigung | 136 |
| ee) Verhältnismäßigkeit des Eigentumsentzuges im engeren Sinne | 137 |
| c) Zwischenergebnis | 138 |
| 5. Eigentumsgrundrecht des Grundgesetzes (Art. 14 Abs. 1 GG) | 138 |
| 6. Umgang mit bereits erteilten Wegerechten | 138 |
| 7. Ergebnis | 139 |
| VI. Ergebnis | 140 |

| | |
|--|-----|
| D. Konzessionsmodell zum Aufbau und Betrieb staatlicher Telekommunikationsinfrastrukturen | 142 |
| I. Beispiele für die Ausgestaltung des Konzessionsmodells zum Aufbau und Betrieb staatlicher Infrastrukturen | 143 |
| 1. Das griechische „Ultrafast Broadband Infrastructure Scheme“ | 143 |
| 2. Die italienische „Strategia Banda Ultralarga“ | 144 |
| 3. Gemeinsamkeiten der Modelle | 145 |
| 4. Klassifikation als Konzessionsmodell | 146 |
| II. Abgrenzung zum Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte | 147 |
| III. Ergebnis | 147 |
| E. Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Fördermittel | 148 |
| F. Ergebnis | 149 |
| | |
| Kapitel 4: Beschleunigung des Infrastrukturausbaus durch die Entflechtung und regulatorische Privilegierung von Wholesale-Only-Anbietern | 151 |
| | |
| A. Ökonomische Grundlagen der vertikalen Integration | 152 |
| I. Wertschöpfungsketten im Telekommunikationssektor | 152 |
| 1. Begriffsanalyse | 153 |
| 2. Vertikale Integration im Telekommunikationssektor | 154 |
| a) Betriebswirtschaftliche Vorteile einer vertikalen Integration | 154 |
| b) Gefahren für den Wettbewerb und regulatorische Handlungsoptionen | 156 |
| 3. Wholesale-Only als betriebswirtschaftlich sinnvolles Geschäftsmodell und Beschleunigungsansatz für den Infrastrukturausbau? | 157 |
| 4. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen | 159 |
| II. Stufenlehre zur Kategorisierung von Entflechtungsmaßnahmen | 160 |
| 1. Struktur des Stufensystems | 161 |
| 2. Wholesale-Only-Anbieter im Stufensystem | 164 |
| III. Schlussfolgerungen für die juristische Analyse | 165 |

| | |
|--|-----|
| B. Entstehung von Wholesale-Only-Anbietern durch eine staatlich indizierte funktionelle Trennung | 165 |
| I. Normative Ausgestaltung der funktionellen Trennung im Telekommunikationsrecht | 166 |
| 1. Steuerungsvorgaben des Regulierungsrechts für den Telekommunikationssektor | 166 |
| a) Die Grundstruktur des Art. 77 EKEK de lege lata | 166 |
| b) Vorgaben des § 40 TKG | 168 |
| 2. Anpassungsbedarf und -möglichkeit des Rechtsrahmens de lege ferenda? | 169 |
| a) Erweiterung der Entflechtungsintensität der Kompetenzgrundlage | 170 |
| b) Schaffung einer neuen Kompetenzgrundlage aufgrund systematischer und teleologischer Bedürfnisse? | 170 |
| c) Verfassungsmäßigkeit der Kompetenzgrundlage und ihrer Anwendung im Einzelfall | 172 |
| aa) Vereinbarkeit mit den erwerbsbezogenen Grundrechten | 172 |
| bb) Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Eigentum | 175 |
| cc) Gleichbehandlung vertikal integrierter Telekommunikationsunternehmen | 175 |
| dd) Zwischenergebnis | 176 |
| d) Ergebnis | 177 |
| II. Mögliche Aufspaltung des Unternehmens nach deutschem Kartellrecht zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus? | 178 |
| III. Ergebnis | 180 |
| C. Freiwillige Separierung vertikal integrierter Telekommunikationsunternehmen | 181 |
| I. Freiwillige Aufspaltung am Beispiel des Unternehmens CETIN | 181 |
| II. Gesellschaftsrechtliche Vorgaben zur Aufspaltung von Unternehmen | 182 |
| III. Regulatorische Behandlung freiwillig getrennter Telekommunikationsunternehmen | 184 |
| 1. Freiwillige Trennung im unionalen Rechtsrahmen | 185 |
| 2. Umsetzung der unionalen Vorgaben im nationalen Recht | 188 |
| 3. Anpassungsbedarf der Vorgaben de lege ferenda? | 189 |

| | |
|--|-----|
| IV. Zwischenergebnis | 189 |
| D. Gründung als Wholesale-Only-Unternehmen | 190 |
| I. Beispiele für ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätige Unternehmen | 190 |
| 1. Kommunaler Glasfaserausbau durch AB Stokab in Stockholm | 191 |
| 2. Geschäftsmodell der Mitverlegung der deutschen GasLINE | 192 |
| II. Regulatorischer Umgang mit Wholesale-Only-Anbietern | 193 |
| III. Zwischenergebnis und Ausblick | 196 |
| E. Optimierungsvorschläge außerhalb der regulatorischen Entflechtungsbestimmungen | 197 |
| F. Fazit | 199 |
| Kapitel 5: Kooperationen im Glasfaserausbau | 203 |
| A. Grundlegende Erwägungen zur ökonomischen Bewertung von Kooperationen | 204 |
| I. Abgrenzung des Kooperationsbegriffes | 204 |
| II. Ökonomische Grundlagen | 206 |
| 1. Ökonomische Auswirkungen von Kooperationsvorhaben auf den Breitbandausbau | 207 |
| 2. Anreize für einen kooperativen Glasfaserausbau | 209 |
| III. Schlussfolgerungen für die juristische Analyse | 210 |
| B. Der Anwendungsbereich wettbewerbsrechtlicher Regelungsregime | 211 |
| I. Die Gründung der Glasfaser Nordwest als Fallbeispiel | 211 |
| II. Eröffnung des Anwendungsbereiches der nationalen Vorgaben zur Fusionskontrolle | 213 |
| 1. Zusammenschluss im Sinne des GWB | 213 |
| a) Erfüllung eines Zusammenschlusstatbestandes | 213 |
| b) Behandlung als einheitliches Unternehmen | 214 |
| c) Zwischenergebnis | 216 |
| 2. Weitere Anwendungsvoraussetzungen der Vorgaben zur Fusionskontrolle | 217 |
| a) Umsatzschwellenwerte | 217 |
| b) Ausnahmen | 219 |

| | |
|---|-----|
| 3. Verhältnis von unionaler oder nationaler Fusionskontrolle | 220 |
| a) Exklusivität der Anwendungsbereiche durch das „One-Stop-Shop“-Prinzip | 220 |
| b) Abgrenzungskriterium des „Vollfunktions-gemeinschaftsunternehmens“ im Sinne des Art. 3 Abs. 4 FKVO | 221 |
| c) Ergebnis | 223 |
| 4. Ergebnis | 224 |
| III. Anwendbarkeit des Kartellverbotes aus § 1 GWB | 225 |
| 1. Sperrwirkung der Vorgaben zur Fusionskontrolle? | 225 |
| 2. Sperrwirkung des unionalen Kartellverbotes aus Art. 101 AEUV? | 227 |
| 3. Ergebnis | 228 |
| C. Abgrenzung der relevanten Märkte | 229 |
| I. Grundlagen zur Marktabgrenzung im Wettbewerbsrecht | 229 |
| 1. Sachliche Marktabgrenzung | 230 |
| 2. Räumliche Marktabgrenzung | 231 |
| 3. Möglichkeit der divergierenden Marktabgrenzung durch unterschiedliche Behörden | 232 |
| 4. Fazit | 234 |
| II. Breitbandinternetzugangs- und Endkundenmärkte des Telekommunikationssektors | 235 |
| 1. Sachliche Marktabgrenzung | 235 |
| a) Endkundenmarkt für festnetzbasierten Internetzugang | 235 |
| b) Markt für den lokal bereitgestellten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung | 237 |
| c) Markt für den zentral bereitgestellten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung | 238 |
| 2. Räumliche Marktabgrenzung | 239 |
| a) Beschlusspraxis der Bundesnetzagentur zur räumlichen Abgrenzung der Anschlussmärkte | 240 |
| b) Beschlusspraxis des Bundeskartellamts zur räumlichen Abgrenzung der Anschlussmärkte | 242 |
| c) Abgrenzung regionaler Teilmärkte oder Auferlegung regional differenzierter Abhilfemaßnahmen auch im Regulierungsrecht? | 242 |
| aa) Begrenzung des räumlich-relevanten Marktes auf das Kooperationsgebiet | 243 |

| | |
|--|-----|
| bb) Möglichkeit der Auferlegung regional differenzierter regulatorischer Verpflichtungen | 245 |
| cc) Zwischenergebnis | 247 |
| 3. Ergebnis und Ausblick | 247 |
| III. Ausschreibungsmarkt für den geförderten Breitbandausbau | 248 |
| IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 250 |
| D. Regulatorische Rahmenbedingungen zum Schutz des Wettbewerbs bei Kooperationsvorhaben | 252 |
| I. Entstehung eines Gemeinschaftsunternehmens mit beträchtlicher Marktmacht | 252 |
| II. Beteiligung eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht am Gemeinschaftsunternehmen | 253 |
| 1. Unternehmensbegriff des § 3 Nr. 29 TKG | 253 |
| a) Wortlaut des § 3 Nr. 29 TKG | 254 |
| b) Teleologische und unionsrechtskonforme Reduktion des § 3 Nr. 29 TKG? | 254 |
| c) Ergebnis | 257 |
| 2. Erstreckung der telekommunikationsrechtlichen Regulierungsverfügungen auf paritätische Gemeinschaftsunternehmen | 257 |
| 3. Novellierung der regulatorischen Rahmenbedingungen durch den EKEK | 262 |
| a) Regulatorische Verpflichtungszusage gemäß Art. 79 EKEK | 262 |
| aa) Verpflichtungszusage im Kartellrecht | 263 |
| bb) Öffentlich-rechtliche Verträge im Rahmen des Marktregulierungsverfahrens | 263 |
| cc) Verpflichtungszusage im unionalen Telekommunikationsrecht | 264 |
| dd) Umsetzung im Telekommunikationsgesetz | 266 |
| b) Privilegierungstatbestände für Kooperationsvorhaben im EKEK | 267 |
| aa) Regulatorische Behandlung neuer Bestandteile von Netzen mit sehr hoher Kapazität gemäß Art. 76 EKEK | 267 |
| bb) Kooperationsvereinbarungen im Sinne des Art. 79 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a EKEK | 272 |
| cc) Novellierung des Telekommunikationsgesetzes | 273 |
| c) Auswirkungen des neuen Rechtsrahmens auf Kooperationsvorhaben | 274 |

| | |
|---|-----|
| d) Ergebnis | 275 |
| 4. Optimierungsbedarf der regulatorischen Rahmenbedingungen | 275 |
| a) Weitergehender normativer Anpassungsbedarf de lege ferenda | 276 |
| b) Änderungsbedarf im Hinblick auf die Spruchpraxis der Regulierungsbehörden | 277 |
| c) Zwischenergebnis | 277 |
| 5. Ergebnis | 277 |
| III. Ergebnis | 278 |
| E. Kartellrechtliche Rahmenbedingungen zum Schutz des Wettbewerbs bei Kooperationsvorhaben | 279 |
| I. Steuerungsvorgaben aus dem Recht der Fusionskontrolle | 279 |
| 1. Zusammenspiel von regulatorischen Verpflichtungen und fusionskontrollrechtlicher Wettbewerbsanalyse | 280 |
| 2. Verpflichtungszusage im Fusionskontrollrecht | 282 |
| 3. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen | 285 |
| II. Steuerungsvorgaben des Kartellverbots gemäß § 1 GWB | 286 |
| 1. Tatbestand des Kartellverbotes des § 1 GWB | 287 |
| 2. Freistellung vom Kartellverbot gemäß § 2 GWB | 288 |
| a) Ausbaukooperation und Effizienzgewinn | 288 |
| b) Verbraucherwohlfahrt | 290 |
| c) Negative Freistellungsvoraussetzungen | 290 |
| d) Zwischenergebnis | 291 |
| 3. Verpflichtungszusage | 291 |
| 4. Ergebnis und Schlussfolgerungen | 292 |
| F. Fazit und Ausblick | 292 |
| Kapitel 6: Das Zusammenspiel verschiedener Handlungsoptionen auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft | 295 |
| I. Hochkomplexe Ausgangslage | 295 |
| II. Zielrichtung und Anpassungsfähigkeit des Telekommunikationsrechtsrahmens | 296 |
| III. Zusammenspiel von allgemeinem und sektorspezifischem Wettbewerbsrecht | 300 |
| IV. Keine Instrumentalisierung des allgemeinen Wettbewerbsrechts zur Beschleunigung des Glasfaserausbau | 301 |
| V. Zuständigkeit und Ausstattung von Behörden | 302 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| VI. Flexibilisierung des Marktregulierungsverfahrens durch Verpflichtungszusagen | 302 |
| VII. Wettbewerb im Netz oder Wettbewerb um das Netz? | 303 |
| VIII. Keine Verpflichtung zur Umsetzung von Geschäftsmodellen durch staatlichen Zwang | 305 |
| IX. Zusammenspiel der Anpassung des Rechtsregimes mit der Vergabe von Fördermitteln | 307 |
| Literaturverzeichnis | 309 |
| Verzeichnis nur über das Internet abrufbarer Entscheidungen | 329 |